

KREISWAHLPROGRAMM FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2026

Jusos im Kreis Diepholz



Inhalt

Junge Menschen in Verantwortung	3
In Zukunft investieren	3
Chancengleichheit von der KiTa bis zum Abschluss	4
Mobil statt abgehängt	5
Mehr als Bolzplatz und Freilichtbühne	6
Lasst die Erde nicht verbrennen	6
Bezahlbares Wohnen für alle	7
Stärkung des Zusammenhalts.....	7
Keinen Millimeter nach Rechts.....	8
Safe-Place für alle Frauen.....	9
Der Ton unserer Politik.....	9
Auf den Punkt gebracht	11
Forderungen im Überblick	13

Junge Menschen in Verantwortung

In der Kommunal- und Kreispolitik werden häufig die alltäglichen Lebensumstände der Menschen direkt beeinflusst. Gerade für junge Menschen sind dies die Erfahrungen, die sie in ihren ersten Lebensjahren machen – unmittelbar vor ihrer Haustür. Es sind die Schulen, die sie besuchen, die Sportstätten, die gerade in der Jugend prägend sind, die Busse, die sie nutzen möchten, und die Mobilität, die ihnen dadurch ermöglicht wird. Ebenso zählen kulturelle Angebote und Aufenthaltsorte dazu, die ihnen zur Verfügung stehen. Natürlich profitieren alle von diesen Strukturen, doch insbesondere junge Menschen sind verstärkt auf diese öffentlichen Angebote angewiesen, da ihre Freizeit und persönliche Entwicklung zu einem großen Teil hier stattfindet.

Darüber hinaus werden vor Ort viele zukunftsweisende Entscheidungen getroffen, etwa zur erfolgreichen Bekämpfung der Klimakrise. Auch wenn Kommunen und Kreise diese Herausforderungen nicht allein bewältigen können, muss die Umsetzung effektiv vor Ort geschehen. **Deshalb ist es für uns Jusos selbstverständlich, dass junge Menschen Verantwortung im Landkreis übernehmen sollen. Wir möchten gezielt junge Kandidierende unterstützen und stärken, die sich entschieden haben, für ihre Kommune oder den Kreistag zu kandidieren,** und ihnen als Ansprechpartner*innen zur Seite stehen.

In unserer Vision wollen wir die Erfahrung derjenigen, die bereits länger politisch aktiv sind oder im Berufsleben stehen, mit der Aufbruchsstimmung der jüngeren Generation verbinden. Wir möchten generationsübergreifend voneinander lernen und profitieren. Erst wenn alle das Gefühl haben, in der Kommunal- und Kreispolitik repräsentativ vertreten zu sein, kann Politik wirklich für alle gestaltet werden. Auch wenn dies oft leichter gesagt als getan ist, wollen wir, dass die Jusos und die SPD Orte sind, an denen jede Person das Gefühl hat, sich engagieren und Verantwortung übernehmen zu können – weil dieses Engagement ausdrücklich erwünscht ist und gefördert wird.

In Zukunft investieren

In die Zukunft zu investieren, bedeutet für uns Jusos mehr als nur den Ausbau klassischer Infrastruktur wie Straßen, Fahrrad- und Fußgängerwege. Es bedeutet vor allem, gezielt in die Zukunft unseres Landkreises und seiner Menschen, insbesondere Kinder und Familien, zu investieren. Daher setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, die Bildungsinfrastruktur im Landkreis weiter zu stärken und soziale Angebote, wie bspw. den Jugendberatungsdienst, Gesundheit und Pflege auszubauen.

Uns ist bewusst, dass die Haushaltslage(n) sowohl auf kommunaler Ebene als auch im Landkreis vielfach angespannt ist. Die finanziellen Spielräume sind begrenzt, und mittelfristig werden auch im Kreis die Rücklagen nicht mehr ausreichen, um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu gewährleisten. Gerade in solchen Zeiten treten wir Jusos entschieden dafür ein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um gezielt dort zu investieren, wo es besonders wichtig ist: Auch wenn Einsparungen im Raum stehen, stehen wir klar zu den freiwilligen Leistungen des Landkreises im sozialen Bereich. **Wir wehren uns gegen die Sparvorstellungen der Konservativen im Sozialhaushalt und bekennen uns ausdrücklich zu diesen wichtigen Angeboten.**

Wir setzen uns dafür ein, dass notwendige öffentliche Investitionen auch dann ermöglicht werden, wenn dafür Schulden aufgenommen werden müssen. Nach dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und in strikter Anwendung des Konnexitätsprinzips stehen dabei auch Land und Bund in der Pflicht: Wer Aufgaben überträgt, muss deren Finanzierung dauerhaft sicherstellen. Zukunftsentscheidende Bereiche wie Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung dürfen nicht an starren Schuldenregeln scheitern. Besonders eine landkreisweite Photovoltaik-Offensive ist finanziell sinnvoll: Sie senkt langfristig Energiekosten, stärkt die regionale Wertschöpfung und macht unabhängiger von externen Preisschwankungen.

Gerade in schwierigen Haushaltszeiten gilt für uns: Die freiwilligen Leistungen im Bereich von Gesundheit, Pflege, Bildung und Klima müssen erhalten bleiben und sind zu priorisieren. Wir Jusos werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass in Bildung, Gesundheit, soziale Angebote und die Klimazukunft der Menschen investiert wird, wo immer es möglich und nötig ist.

Chancengleichheit von der KiTa bis zum Abschluss

Bildung ist ein Grundpfeiler für eine gerechte Gesellschaft und Voraussetzung für soziale **Aufstiegchancen**. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig vom Einkommen oder Hintergrund ihrer Eltern die besten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, fortschrittliches Leben außerhalb von Armut erhalten.

Das soziale Aufstiegsversprechen in Deutschland allerdings ist stärker gefährdet denn je. Während die Schere von Arm und Reich immer weiter auseinandergeht und bundesweit eine steigend hohe Anzahl an Kindern von Armut betroffen ist, müssen die öffentlichen Strukturen ihrer Aufgabe mehr denn je gerecht werden. Der Landkreis soll hier stärker den Familien und den Kindern unter die Arme greifen. Das soziale Aufstiegsversprechen darf nicht auf dem Altar neoliberaler Sparpolitik geopfert werden.

Daher setzen wir uns nicht nur für die **umfassende Sanierung und Modernisierung von Schul- und Berufsbildungsgebäuden** sowie eine **zeitgemäße digitale Infrastruktur** ein, sondern fordern auch **kostenfreies Schul- und Kita-Essen für alle**. Denn wer hungrig ist, kann nicht gut lernen. Alle Kinder sollen mit gesunden, regionalen und nachhaltigen Mahlzeiten versorgt werden und gleichzeitig ein Bewusstsein für Ernährung und Umwelt entwickeln. Wir begrüßen die Bereitstellung von Tablets durch das Land Niedersachsen und setzen uns darüber hinaus für eine vollständige digitale Lernmittelfreiheit ein. Der Landkreis soll sich beim Niedersächsischen Landkreistag dafür stark machen, dass die Schulen auch bei Betrieb und Wartung der Tablets finanziell unterstützt werden.

Wir wollen zudem **mehr Sozialarbeiter*innen** an Schulen, die Kinder und Jugendliche bei Konflikten und Problemen unterstützen. Schulen müssen Förder- und Schutzorte sein. In schwierigen Lebensphasen sollen Jugendliche Zugang zu psychologischer Beratung und sozialpädagogischer Begleitung erhalten. Auch **Ruheräume an Schulen** und die Bereitstellung von **kostenlosen Menstruationsprodukten in öffentlichen Einrichtungen** können einen wichtigen Beitrag leisten.

Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen und ein umfassendes Angebot an **Sprachförderung** sind für uns selbstverständlich. Sprache und Inklusion sind der Schlüssel zu echter gesellschaftlicher Teilhabe.

Wir begrüßen das ab 2026 vom Land Niedersachsen eingeführte vergünstigte Azubi-Ticket. Der Landkreis sollte darüber hinaus prüfen, wie ein besonders **günstiges oder noch weiter vergünstigtes Schülerticket**, idealerweise in Verbindung mit dem Deutschlandticket und insbesondere für die Oberstufe, ermöglicht werden kann. Schulwege, Wege zu Ausbildungsbetrieben und Freizeitangeboten müssen für junge Menschen bezahlbar und klimafreundlich erreichbar sein.

Für uns Jusos gilt: **Kein Unterschied zwischen Abitur, Studium oder Berufsausbildung**. Jede Entscheidung verdient Wertschätzung. Dennoch gilt in unserer Gesellschaft das Abitur mit anschließendem Studium häufig noch immer als Nonplusultra, während die berufliche Ausbildung weniger Anerkennung erfährt. Diese Schieflage entsteht bereits früh durch hohen Leistungsdruck und eine frühe Selektion im Schulsystem, die viele junge Menschen einseitig auf den gymnasialen Weg drängt. Wir setzen uns daher für **mehr Kooperative und Integrierte Gesamtschulen mit Orientierungsstufe** ein. Denn gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist die klassische Berufsausbildung besonders wertvoll. Deshalb muss die Berufsbildung im

Landkreis gestärkt werden. **Gute Ausbildung ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.** Betriebe, die ausbilden und kooperieren, sollen dafür die notwendige Unterstützung erhalten. Gemeinsam könnte zukünftig auch die **Errichtung von Azubi-Wohnheimen** kreisweit in Angriff genommen werden.

Mobil statt abgehängt

Die Verkehrswende ist für uns eine zentrale Aufgabe auf Kreis- und Kommunalebene, um konsequent dem Klimawandel entgegenzuwirken. Wir Jusos regen die Kommunen an, autofreie Zonen in den (auch kleineren) Innenstädten zu prüfen und umzusetzen, zugunsten von mehr Raum für Menschen, Fahrräder und Grünflächen. Uns ist bewusst, dass ein vollständiger Verzicht auf das Auto im Flächenlandkreis kurzfristig unrealistisch ist, gerade bei langen Wegen zu Arbeits- und Ausbildungsstätten. Dennoch gilt: Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ist das Herzstück der Verkehrswende. Das bisher existierende unrentable Angebot wird oft nicht weiter ausgebaut weil es zu wenig nachgefragt wird. Doch ohne ein gutes Angebot kann es auch keine steigende Nachfrage geben (Klassisches Henne-Ei-Problem). Deshalb setzen wir uns für einen **konsequenten Ausbau des ÖPNV im gesamten Landkreis** ein, mit **zuverlässigen Bus- und Nachtbuslinien sowie einer guten Taktung**. Wir sehen die bestehenden Personalprobleme der ansässigen Busunternehmen und die teilweise fehlende Rentabilität von Strecken, aber sind auch der Meinung, dass wir hier ambitioniert weiter für eine Verbesserung kämpfen müssen. Die bestehende Bahnverbindung von Bremen nach Osnabrück ist ein großer Vorteil vorausgesetzt, die Züge verkehren demnächst wieder doppelgeschossig und zuverlässig... und sind gut mit den Buszeiten verknüpft. Nur durch eine optimale Abstimmung aller Verkehrsträger kann das Deutschlandticket auch im ländlichen Raum sein volles Potenzial entfalten.

Gleichzeitig fordern wir den **flächendeckenden Ausbau von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge** sowie die Förderung von **Car-Sharing-Angeboten**, um nachhaltige Alternativen zum privaten Pkw zu schaffen.

Ein Meilenstein für die Mobilität junger Menschen ist das neue vergünstigte Azubi- und FSJ-Deutschland-Ticket für 31,50 Euro monatlich vom Land Niedersachsen. Dies ist ein Erfolg unserer jahrelangen Arbeit auf Landesebene gemeinsam mit DGB und Grüner Jugend. Studierende profitieren bereits vom Deutschlandticket im Semesterticket. Für Schüler*innen der Oberstufe (Sek II), die ihr Ticket selbst bezahlen müssen, steht bislang lediglich das TIM-Ticket im Jahresabonnement für 30 Euro monatlich zur Verfügung. Angesichts der in der Regel begrenzten finanziellen Mittel dieser Gruppe ist dieses Angebot sowohl zu teuer als auch zu unflexibel. Insbesondere die verpflichtende langfristige Vertragsbindung stellt eine erhebliche Hürde dar. Schüler*innen der Sekundarstufe I erhalten aktuell vom Landkreis das TIM-Ticket. Dieses ermöglicht Fahrten sowohl zur Schule als auch in der Freizeit im gesamten VBN-Gebiet. Aber: Schüler*innen, deren Wohnort zu nah am Schulort liegt, haben keinen Anspruch auf ein Schülerbeförderungsticket. Diese Jugendlichen sind dadurch insbesondere in ihrer Freizeit stark eingeschränkt und vom kostenlosen öffentlichen Nahverkehr ausgeschlossen. Dies führt dazu, dass Schüler*innen ohne Anspruch auf ein Ticket gegenüber Gleichaltrigen benachteiligt sind und an gemeinschaftlichen Freizeitaktivitäten oft nicht gleichberechtigt teilnehmen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis alle Schüler*innen auch in ihrer Freizeit mobil macht. Dafür braucht es ein **einheitliches Schüler*innenticket**, das unabhängig von Klassenstufe (Sek I + Sek II etc.) und Entfernung zum Schulort gilt sowie kostenlos und niedrigschwellig nutzbar ist. Denkbar wäre hier auch das TIM-Ticket ganz oder (vorerst) durch eine Upgrade Option zum Deutschland-Ticket umzuwandeln.

Mehr als Bolzplatz und Freilichtbühne

Jugendliche brauchen wohnortnahe, attraktive Freizeitangebote. In vielen Kommunen unseres Landkreises gibt es bereits gute Ansätze wie Jugendcafés, Jugendhäuser, offene Sportstätten und Skateparks. Allerdings sind Clubs und Diskotheken selten und Freizeitangebote für Jugendliche müssen weit mehr bieten als nur einen Bolzplatz. Wir sind überzeugt: Der beste Weg, den Bedarf junger Menschen zu ermitteln, ist der direkte Austausch. Deshalb wollen wir Jugendliche aktiv einbinden, damit sie gemeinsam Sport- und Kulturprojekte gestalten und eigene Ideen umsetzen können. Wir Jusos setzen uns für Projekte wie **Jugendhaushalte vor Ort** und auf Landkreisebene ein, bei denen Jugendliche eigenverantwortlich ein festes Budget für eigene Projekte nutzen können.

Sport und Kultur leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Eigene Sporthallen und Bäder des Landkreises müssen stets modern und funktionsfähig bleiben.**

Das kulturelle Angebot im Landkreis soll in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Städten weiterentwickelt werden, um Synergien zu nutzen. Besonders für junge Menschen muss das Angebot noch attraktiver und vielfältiger werden. Uns ist wichtig zu betonen: Jugendliche sind sehr wohl kulturell interessiert, sie erleben Kultur nur oft anders als durch den klassischen Besuch einer Freilichtbühne. **Moderne Veranstaltungen** wie das Reload Festival oder das Appletree im Landkreis sind für viele deutlich attraktiver. Solche Angebote müssen gestärkt und weiterentwickelt werden. Der Landkreis Diepholz mag vielleicht nicht den Hipster-Status einer Großstadt erreichen, hat aber Jugendlichen und jungen Erwachsenen dennoch viel zu bieten. Und wie gut ein landkreisweiter Austausch funktionieren kann, zeigt das jährliche Kreisjugendfeuerwehrlager.

Lasst die Erde nicht verbrennen

Auch wenn die Klimakrise angesichts globaler Herausforderungen wie zunehmenden Kriegen, Angriffen und einem rauerem politischen Klima oft in den Hintergrund rückt, bleibt sie für uns Jusos die größte Bedrohung unserer Zeit. Sie betrifft alle Menschen auf diesem Planeten unmittelbar und macht uns oft angesichts kurzfristiger politischer Kurswechsel hilflos. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass wir vor Ort an unserem Ziel festhalten: **Klimaneutralität bis 2035.**

Wir Jusos fordern dieses Ziel konsequent für den gesamten Landkreis und alle Kommunen. **Dazu gehört für uns:** die konsequente Verkehrswende mit dem Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, Car-Sharing-Angeboten, sicheren Radwegen, Fahrradstraßen und Fahrradstellplätzen, die Förderung erneuerbarer Energien und die konsequente Ausstattung aller öffentlichen und kommunalen Gebäude mit Photovoltaikanlagen, die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften in den Kommunen, das Einplanen von „Schwammstädten“, um mehr Stadtgrün zu integrieren, das nicht nur das Klima verbessert, sondern auch die Ressource Wasser schützt, eine umfassende kommunale Wärmeplanung und eine echte Wärmewende mit Unterstützung des Landkreises, den Ausbau von Bildungsangeboten, die Einrichtung von Klima-AGen in den Gemeinden und die Bestellung von Klimaschutzbeauftragten nicht nur auf Landkreisebene, sondern in jeder Kommune.

Klimaschutz darf kein unattraktives Randthema sein, was vermeintlich nur Aktivist*innen interessiert, sondern ist eine Aufgabe für jede und jeden von uns. Wenn wir weiterhin in unserem schönen Landkreis – mit seiner natürlichen Vielfalt wie etwa am Dümmer – gut und sicher leben wollen, Wohlstand und unabhängige Energiesicherheit erhalten und ausbauen möchten, dann ist der **Kampf fürs Klima eine Verantwortung für alle.** Wir müssen uns darauf besinnen,

gemeinsam anzupacken. Klimaneutralität 2035 bleibt unser Ziel und das verlieren wir nicht aus den Augen.

Bezahlbares Wohnen für alle

Die Mietpreise im Landkreis variieren stark je nach Lage und stellen vor allem für Alleinerziehende und junge Menschen in Ausbildung eine erhebliche Belastung dar. Oft scheitert es schon daran, überhaupt eine Wohnung zu finden und dann auch den Zuschlag zu erhalten. Selbst nach erfolgreicher Wohnungssuche sind die hohen Mietkosten die nächste Hürde. Wir fordern daher, die **Baukapazitäten der Wohnbau Diepholz GmbH zu erhöhen und gezielt in den besonders teuren Regionen mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.**

Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Unser Ziel: Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode soll **50 % mehr bezahlbarer Wohnraum** im Landkreis Diepholz entstehen. Wohnraum ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit der Sozialdemokrat*innen im Ausschuss der Regionen, denn nur gemeinsam lässt sich Mietwucher wirksam bekämpfen.

Und dennoch ist uns klar, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine Herausforderung ist. Neben der bereits bestehenden Wohnungsbaugesellschaft haben auch viele Kommunen die Möglichkeit, eigene Gesellschaften zu gründen. Ziel muss es sein, die Zahl der Wohneinheiten zu erhöhen und den vorhandenen Wohnraum besser zu nutzen. Leerstände sollen vermieden und Umnutzungen ermöglicht werden. **Neue Wohnquartiere müssen vielfältige Bedürfnisse abdecken**, etwa durch kleinere, günstige Wohnungen für junge Menschen oder Wohngemeinschaften, aber auch ältere Personen, die sich verkleinern möchten, wodurch Einfamilienhäuser für junge Familien freiwerden könnten. Wir setzen uns für sozial durchmischte Quartiere ein, lehnen Immobilienspekulation und systematischen Leerstand ab und fördern gemeinschaftliches, generationenübergreifendes Wohnen durch kommunale Projekte.

Stärkung des Zusammenhalts

Soziale Gerechtigkeit ist für uns Jusos und die SPD nicht nur ein Schlagwort, sondern tägliches Ziel und Maßstab unseres Handelns. Unsere Solidarität zeigt sich besonders darin, wie wir im Kreis und in unseren Kommunen mit den Schwächsten umgehen. Jeder Mensch, vollkommen unabhängig von Einkommen, Herkunft, Religion, Behinderung oder geschlechtlicher Identität, verdient die Chance auf echte Teilhabe und ein würdevolles Leben. Was für manche selbstverständlich erscheint, wird für andere durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen zum unerreichbaren Luxus. Das akzeptieren wir nicht.

Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem eine starke Gemeinschaft die Schwächeren unterstützt.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle finanziellen und Fördermöglichkeiten genutzt werden: zum Beispiel für kostenlose Ferienfreizeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien, das Verfolge eines konsequenten „Housing-First-Ansatzes“ für wohnungslose Menschen, den Ausbau psychologischer Beratungsstellen und die Förderung interkultureller Initiativen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, Migration ein fester Bestandteil unserer Geschichte und auch unserer Region. Für uns ist Migration eine Bereicherung, die unsere Vielfalt stärkt. Ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland würden Schulbetrieb, ÖPNV, Kliniken und Pflegeheime nicht funktionieren. Wir treten entschieden allen Bestrebungen entgegen, die unsere Gesellschaft spalten, insbesondere den Parteien wie der AfD. Wir stehen für Zusammenhalt und Vielfalt, laut und entschlossen. Antidiskriminierungsstellen und Beratungsangebote für Geflüchtete und

Menschen mit Migrationshintergrund müssen personell und finanziell gestärkt werden. Wir Jusos verfolgen weiterhin den Ansatz einer stets dezentralen Unterbringung von geflüchteten Menschen, da wir hier deutliche Vorteile für den Integrationsprozess sehen.

Keinen Millimeter nach Rechts

Die eindeutige Mehrheit im Landkreis Diepholz positioniert sich kompromisslos für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Ausgrenzung. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Ziganismus, Ableismus und Homophobie (und was man noch alles aufzählen könnte) werden bei uns nicht toleriert. Besonders für uns Jusos ist der entschiedene Einsatz gegen rechte Ideologien fest verankert. Wir wissen: **Die Mehrheit im Landkreis steht für Aufklärung und eine klare Haltung gegen Rechts, spricht sich gegen Hass und Hetze aus** und setzt sich, z.B. jeden Montag in Bassum, aktiv dagegen ein. **Nazis haben in unseren kommunalen Räumen keinen Platz, denn: Menschenrechte und unser Antifaschismus sind nicht verhandelbar.**

Wir Jusos sehen es als unsere Pflicht an, darauf aufmerksam zu machen, dass die bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Landkreis Diepholz von Personen mit offen rechtsextremen Ansichten und nachweislichen Verbindungen zu nationalvölkischen Ideologien geführt wird. Wer hier sein Kreuz bei der AfD setzt, trifft keine bloße Protestentscheidung gegen vermeintlich etablierte Parteien, sondern unterstützt bewusst Faschismus und seine Vertreter*innen vor Ort. Es ist daher Aufgabe jeder einzelnen Person, sich über die Hintergründe zu informieren und rechtsextreme Parteien auch bei der Kommunalwahl 2026 nicht zu unterstützen. Wir verschließen uns dabei nicht dem offenen Diskurs oder der Kritik an uns selbst – im Gegenteil: Sachliche und auch harte Debatten sind uns wichtig. Dennoch gilt: Die Gesellschaft im Landkreis Diepholz darf keinen Millimeter nach rechts rücken. Das ist die Lehre aus der Vergangenheit.

Der Landkreis Diepholz steht für demokratische Grundwerte. Deshalb setzen wir uns für den **Ausbau von Beratungsstellen gegen Extremismus**, die frühzeitige Beobachtung von Radikalisierungsschwerpunkten und eine **aktive Erinnerungskultur** an die Opfer des Faschismus etwa durch Denkmäler, Bildungsprojekte oder Gedenkveranstaltungen ein. Die Vielfalt unseres Landkreises unterstützen wir auch durch interreligiöse Veranstaltungen, da der Dialog zwischen Glaubensgemeinschaften den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und Vorurteile abbaut.

Die Diskussion um die Alternative für Deutschland (AfD) ist uns gut bekannt. Oft wird angeführt, dass die AfD, vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft, bundesweit lediglich aus Protest gewählt würde oder dass ihre Wähler nicht als Nazis bezeichnet werden dürften. Viele Menschen behaupten, es sei kein rechtsextremes Verhalten, diese Partei zu wählen. Wir Jusos sind uns dieser Wahrnehmung bewusst und sehen es als unsere Pflicht an, auf die tatsächlichen Hintergründe hinzuweisen.

Politische Bildung beginnt in der Schule. Schulen sind keine neutralen Orte, denn Lehrkräfte und Schulleitungen sind dem Grundgesetz, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der niedersächsischen Verfassung verpflichtet. Versuche, diese Prinzipien zu untergraben, müssen auch im schulischen Kontext aktiv bekämpft werden, das ist Teil einer lebendigen Demokratie. Die Politik muss Schulen aktiv unterstützen, damit Lehrkräfte im Unterricht klar Stellung gegen rassistische, antisemitische oder menschenverachtende Äußerungen beziehen können. Denn der spürbare Rechtsruck in der Gesellschaft führt auch zu einer radikaleren Sprache. Viele

Aussagen sind keine bloßen Meinungen mehr, sondern greifen die Persönlichkeitsrechte und Grundrechte einzelner Menschen an.

Dem Landkreis Diepholz muss es ein Anliegen sein, gegen Shitstorms vorzugehen und Bedrohungen gegen kommunales Personal konsequent zur Anzeige zu bringen.

Wir setzen uns für eine stärkere interkulturelle Zusammenarbeit an Schulen ein. Ziel ist, dass jede Schule eine „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ wird und das nicht nur als Symbol, sondern im aktiven Alltag. Die Schulen sollen dazu im Ganztagsbetrieb bei der Entwicklung entsprechender Angebote unterstützt werden.

Safe-Place für alle Frauen

Über 185.000 Frauen wurden in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt im Jahr 2024 und somit in über 70% aller Fälle. Laut dem BMI wurden im Jahre 2024 308 Frauen in Deutschland Opfer von einem Femizid. Die Zahlen sind erschreckend, aber nicht überraschend. In einer Gesellschaft, wo Männer immer noch durch patriarchale Gewalt geschützt werden und Opfer sich vor Gericht erklären und gegenüber der Polizei rechtfertigen müssen ist der Handlungsbedarf enorm hoch.

Im Landkreis Diepholz gibt es insgesamt 3 Frauenhäuser in Bruchhausen-Vilsen, Diepholz und Syke, bei einer Fläche von 1.987 km². 613 Fälle von häuslicher Gewalt waren im Jahr 2023 zu verzeichnen. **Das sind 613 Fälle zu viel.** Im Jahr 2022 wurden 328 Betroffene von Frauenhäusern betreut bzw. beraten.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die **Beratungsstrukturen im Landkreis gestärkt** bzw. ausgebaut werden. Bruchhausen-Vilsen, Syke und Diepholz decken einen Teil des Landkreises ab – es gilt die Kapazitäten auszuweiten und ihre Arbeit langfristig zu unterstützen und zu sichern. Damit aber auch der ganze Landkreis flächendeckend versorgt ist setzen wir uns dafür ein, entsprechende **Frauenhaus-Strukturen im ganzen Landkreis** aufzubauen. Es ist Betroffenen nicht zumutbar nach der Suche nach Schutz von häuslicher Gewalt quer durch einen Flächenlandkreis zu fahren.

Der Ton unserer Politik

Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie funktioniert, wenn Menschen sich einbringen, wenn sie etwas bewegt und sie bereit sind, aktiv Veränderungen anzustoßen. Resignation führt nie zu Verbesserungen, gemeinsam können wir jedoch viel erreichen. Es geht darum, Probleme vor Ort zu erkennen, anzupacken und sich für Fortschritt einzusetzen. Genau dieses Engagement wollen wir Jusos vorleben: Wir arbeiten gemeinsam an besseren Orten und einem besseren Alltag für alle. Veränderungen brauchen Zeit und sind oft anstrengend, erfordern intensive Debatten und Diskussionen. Das kann herausfordernd wirken, aber es ist der beste Weg, um Lösungen zu finden, die der Mehrheit zugutekommen. Eine **konstruktive Debattenkultur** und Raum für gemeinsame Entwicklung sind dabei nur möglich, wenn der Umgangston in der Politik respektvoll und würdevoll bleibt.




























Lautstärke ersetzt keine Argumente. Gerade in Zeiten, in denen populistische und rechte Stimmen lauter werden, ist es unsere Aufgabe, mit Fakten und sachlicher Argumentation Unwissenheit und Falschaussagen zu entlarven. Aber klar ist auch: Mit Faschist*inne führen wir keine Debatten.



Politik muss verständlich und nachvollziehbar sein. Gerade bei Entscheidungen, die aus bundesgesetzlichen Vorgaben resultieren und vor Ort umgesetzt werden, braucht es Aufklärung und transparente Kommunikation. Es ist unsere Verantwortung, **Politik greifbar und bürgernah**

zu erklären. Die Anliegen und Bedürfnisse der Bürger*innen nehmen wir ernst und setzen uns für echte Lösungen ein.

Viele unserer Forderungen stehen nicht zum ersten Mal in einem unserer Wahlprogramme, das ist wahr. Wir Jusos und Sozialdemokrat*innen haben auch schon einiges umgesetzt, bleiben aber eben ambitioniert: Wir wollen Fortschritt nicht nur erreichen, sondern konsequent weiter vorantreiben. Auch wenn wir bei einzelnen Themen schon Verbesserungen erzielt haben, kämpfen wir weiter für vollständige Umsetzung und orientieren unsere Politik stetig an den Bedürfnissen aller Menschen im Landkreis.

Auf den Punkt gebracht

-  **Nachwuchsförderung & Engagement**
 -  gezielte Unterstützung und Stärkung junger Kandidierender
 -  Jusos & SPD als aktive Förderorte für politisches Engagement junger Menschen
 -  generationsübergreifende Zusammenarbeit in Kommunal- und Kreispolitik
-  **Bildung & soziale Infrastruktur**
 -  Ausbau und Stärkung der Bildungsinfrastruktur im Landkreis
 -  Sanierung und Modernisierung aller Schul- und Berufsbildungsgebäude
 -  Ausbau zeitgemäßer digitaler Infrastruktur an Schulen
 -  vollständige digitale Lernmittelfreiheit
 -  kostenfreies Schul- und Kita-Essen für alle Kinder
 -  Einrichtung von Ruheräumen an Schulen
 -  kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen
 -  vollständige Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen
 -  flächendeckende Sprachförderangebote
 -  Sicherstellung bezahlbarer Schul-, Ausbildungs- und Freizeitwege
 -  Prüfung eines besonders günstigen bzw. weiter vergünstigten Schülertickets
 -  Ausbau sozialer Angebote, insbesondere Jugendberatungsdienste
 -  Zugang zu psychologischer Beratung für Schüler*innen und junge Menschen
-  **Soziale Gerechtigkeit & Zusammenhalt**
 -  Erhalt aller freiwilligen sozialen Leistungen des Landkreises
 -  klare Absage an Kürzungen im Sozialhaushalt, stattdessen Investitionen in Zukunft
 -  Kein Millimeter nach Rechts, Ausbau Beratungsstellen gegen Extremismus
 -  Unterstützung von Schulen bei klarer Haltung gegen Menschenfeindlichkeit
-  **Bildungsgleichheit & Ausbildung**
 -  Gleichwertige Anerkennung von Abitur, Studium und Berufsausbildung
 -  Ausbau kooperativer und integrierter Gesamtschulen mit Orientierungsstufe
 -  Stärkung der Berufsbildung im Landkreis

-  Ausbau der Berufsorientierung an Schulen
-  Unterstützung ausbildender und kooperierender Betriebe
-  Prüfung und Umsetzung kreisweiter Azubi-Wohnheime
-  **Mobilität & Infrastruktur**
 -  flächendeckender Ausbau von Ladesäulen
 -  Förderung von Car-Sharing-Angeboten
 -  zuverlässige Bus- und Nachtbuslinien
 -  bessere Taktung im ÖPNV
 -  optimale Verknüpfung von Bahn- und Busverkehr
-  **Jugend, Sport und Kultur**
 -  aktive Beteiligung junger Menschen an Sport- und Kulturprojekten
 -  Einführung von Jugendhaushalten auf kommunaler & Kreisebene
 -  Förderung moderner Kulturformate und Festivals
- **Wohnen und Leben**
 -  Ausbau der Baukapazitäten der Wohnbau Diepholz GmbH, gezielter Wohnungsbau in Regionen mit hohen Mieten, Ziel: 50 % mehr bezahlbarer Wohnraum
 -  Förderung kleiner & günstiger Wohnungen, sozial durchmischter Quartiere und generationenübergreifender Wohnprojekte in kommunaler Hand

Forderungen im Überblick

- gezielte Unterstützung und Stärkung junger Kandidierender
- Jusos & SPD als aktive Förderorte für politisches Engagement junger Menschen
- generationsübergreifende Zusammenarbeit in Kommunal- und Kreispolitik

- Ausbau und Stärkung der Bildungsinfrastruktur im Landkreis
 - Sanierung und Modernisierung aller Schul- und Berufsbildungsgebäude
 - Ausbau zeitgemäßer digitaler Infrastruktur an Schulen
 - vollständige digitale Lernmittelfreiheit
 - kostenfreies Schul- und Kita-Essen für alle Kinder
 - Einrichtung von Ruheräumen an Schulen
 - kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen
 - vollständige Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen
 - flächendeckende Sprachförderangebote
- Sicherstellung bezahlbarer Schul-, Ausbildungs- und Freizeitwege
 - Prüfung eines besonders günstigen bzw. weiter vergünstigten Schülertickets
- Ausbau sozialer Angebote, insbesondere Jugendberatungsdienste
 - Zugang zu psychologischer Beratung für Schüler*innen und junge Menschen

- Erhalt aller freiwilligen sozialen Leistungen des Landkreises
- klare Absage an Kürzungen im Sozialhaushalt, stattdessen Investitionen in Zukunft

- Gleichwertige Anerkennung von Abitur, Studium und Berufsausbildung
- Ausbau kooperativer und integrierter Gesamtschulen mit Orientierungsstufe
- Stärkung der Berufsbildung im Landkreis
- Ausbau der Berufsorientierung an Schulen
- Unterstützung ausbildender und kooperierender Betriebe
- Prüfung und Umsetzung kreisweiter Azubi-Wohnheime

- flächendeckender Ausbau von Ladesäulen
- Förderung von Car-Sharing-Angeboten
- zuverlässige Bus- und Nachtbuslinien
- bessere Taktung im ÖPNV
- optimale Verknüpfung von Bahn- und Busverkehr

- aktive Beteiligung junger Menschen an Sport- und Kulturprojekten
- Einführung von Jugendhaushalten auf kommunaler & Kreisebene
- Förderung moderner Kulturformate und Festivals

- Klimaneutralität bis 2035 für Landkreis und Kommunen
 - Einrichtung von Klima-AGen in Gemeinden
 - Klimaschutzbeauftragte im Landkreis und in jeder Kommune

- Ausbau der Baukapazitäten der Wohnbau Diepholz GmbH
- gezielter Wohnungsbau in Regionen mit hohen Mieten
- Ziel: 50 % mehr bezahlbarer Wohnraum
- Förderung kleiner & günstiger Wohnungen, sozial durchmischter Quartiere und generationenübergreifender Wohnprojekte in kommunaler Hand

- Kein Millimeter nach Rechts
 - Ausbau von Beratungsstellen gegen Extremismus
 - Unterstützung von Schulen bei klarer Haltung gegen Menschenfeindlichkeit
 - Stärkung von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
- Der Ton unserer Politik
 - verständliche und transparente politische Kommunikation
 - ernsthafte Berücksichtigung der Anliegen der Bürger*innen
 - sachliche, faktenbasierte Debatten
 - klare Abgrenzung gegenüber Faschismus